

# metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Geschäftswochenblatt am Samstag.  
Gesamtpreis vierteljährlich 50 Pf., Einzelnummer 5 Pf.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047 a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Haas  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Ritterstraße 18,  
Herausgeber: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 8808.

Anzeigengebühr  
für die schlagende Kolonie oder deren Raum 50 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Schicksals schwere Stunden

Jollar 2000! Die Kurve geht steil, wie auf der Siebertafel des sterbenden Kranken. Gedrückt und neugezeichnet wird die nächste Fiebermessung erwartet. Weiteres Steigen, die Gefahr wächst, die Lodesstunde naht.

Kranker deutscher Staat.

Die neue Woche beginnt wie die alte endet; der vergangene Monat die gleichen Zeichen, die letzten Zeiten dieselben Erstcheinungen: Steigen der furchtbaren Teuerung. Ein Schreden ohne Ende, gleich furchtbar für Betroffene und Unbefüllte. Von einem Steigen der Teuerungswelle kann schon lange nicht mehr gesprochen werden. Die Teuerung ist zum Strom geworben, zum reichenden Strom, der alles erfasst und in die Tiefe nimmt. Kaum ist das Steigen des Dollars angezeigt, so zittert und bebt der kranke Wirtschaftsapparat und die Preise schnell ragen in die Höhe. Hemmungen kann das Wirtschaftsleben nicht mehr. Eine Kontrolle, die regeguliert hätte, fehlt vollständig. Im Innern des Landes herrscht Warenknappheit, die den Besitzern der wenigen vorhandenen Waren ein unbeschränktes Verfügungsrecht ermöglicht, und das Warenangebot des Auslandes ist bedingt durch den Dollar. Sein Steigen macht es unmöglich, auch nur die allernotwendigsten Lebensmittel auf den Markt zu bringen. Dieser Idealzustand für Scheiter und Wucherer wird wiedlich ausgenutzt und tragt wesentlich zur Vereitelung der Arbeiterklasse bei, ohne daß bis jetzt die Lenker der deutschen Republik durchgreifende Maßnahmen zum Schutz der Arbeitskräfte ergreifen haben.

Während früher bei Marktsitzen, gleichzeitig, durch welche Sortimentsmärkte hervorgerufen, die Preisbewegung im Inland nachhinkte, sich vorerst auf die Auslandswaren beschränkte, erst später sich nach der Weiterverarbeitung der Rohstoffe bemerkbar machte, hat sich in der letzten Zeit dies gewaltig geändert. Jeder Bauer nimmt als Maßstab für seine ethnischen Produkte den Stand des Dollars. Teuerung des Dollars um 10 % hat zur Folge, daß das Ei, welches die Hennie des Bauern legt, um 80 % stieg. Seit dem Scheitern der Londoner Verhandlungen ist es weit schlimmer geworden. Der Dollar steigt und im gleichen Atemzuge steigen die Preise. Die beispiellosen Preissteigerungen zeigen noch die Neigung, über den wirklichen Dollarstand hinauszuschießen und ein noch zu erwartendes Steigen des Dollarwertes mit in Rechnung zu stellen. Es entsteht eine Panikstimmung in der Industrie, die zum vollständigen Durcheinander führt. Kopslosigkeit und Profitsucht treiben das wirtschaftliche Leben dem Ruin entgegen.

Die fortwährenden Steigerungen und Beunruhigungen schren die Kraft der Menschen auf. Unlust und Gleichgültigkeit beherrschen den Arbeiter. In den schweren Schicksalszeiten aller Völker und Länder wurden immer die gleichen Erfahrungen gemacht. Je größer die Not, je schwerer das Elend, um so stumpfer und gleichgültiger das Volk, das heißt die unteren Schichten, die Massen des arbeitenden Volkes. Die bestehenden Klassen sind bessere Kenner der Geschichte, ihre Geschichtskenntnis beeinflußt ihr Handeln. Entscheidende wirtschaftliche und politische Zeitschnitte, Revolutionen und technische Umwälzungen brachten den herrschenden und besitzenden Klassen die Gefahr, ihre Macht an das Proletariat, an die Klasse der Besitzlosen zu verlieren. Sie haben aber immer wieder die Macht für sich gerettet, wenn sie die Kräfte der neuen Staaten unterwarf, das Elend der Zeit künstlich steigerten, so daß das Proletariat in Stumpfheit und Gleichgültigkeit versiegt und dadurch den Ratschlagsmelodien von den früheren guten, herzlichen Zeiten Gläubiger schenkte. Die Reaktion siegte.

Wer will bestreiten, daß die gegenwärtige furchtbare Verschärfung der deutschen Not ihre wesentliche Ursache im Treiben der deutschen monarchistischen Reaktion mit hat? Sie arbeitet auch der alten Anweisung und glaubt wieder in den Besitz der Macht zu gelangen. Sie untergräbt die Republik, sie läßt sich von der Republik ertrönen und durchkreuzt ihre Gesetze. Sie begiebt bewußt die Not der Zeit, um die Arbeiter für die überen, herzlichen wilhelminischen Zeiten zu begeistern. Dagegen ist die Schuld am heutigen Elend durch ihr Kriegsverbrechen tritt, soll der Arbeiter, die Arbeiterin vergessen. Doch zum Glück ist das Proletariat gereift, ist selbständiger geworden und darf so leicht den Volksverderber nicht mehr ins Garn. Immerhin ist die Auflösung über das Treiben der Reaktion noch lange nicht tief genug in die Reihen des Proletariats getragen. Groß ist noch die Schar der Arbeiter, die der monarchistischen Reaktion Gefolgschaft leistet. Die Reaktion auf die Not und Elend verurteilte Laufheit und Gleichgültigkeit der Masse muß der Reaktion zunächst gemacht werden.

Ist die innerdeutsche Lage, das Treiben der monarchistischen Reaktion ein Hauptgrund für die zunehmende Verelbstlichterung der deutschen Währung, so ist der Versäufler Friedensvertrag und die daraus folgenden Wiedergutmachungsforderungen von gleicher Schwere. Das deutsche Volk war ehrlich bestrebt, zu erfüllen, was deutsche Kriegsverbrecher verschuldet und was nun als fremde Gewalt uns auferlegt. Zu den Wissenszeiten die Forderungen abzuschließen, wäre nichts als eine starke, wunderbare Sehne geblieben. Der Zwang lastete auf dem Volke. Es versucht worden, zu erfüllen, fast scheint es, als ob dabei die deutsche Wirtschaft zusammengedrückt. Die Krise, in der sie zurzeit befindet, ist Katastrophal. Der Höllentanz der Preise zieht den Endtrug des Totentanzes der gesamten Wirtschaft. Der Vernichtungspolitik gegen Deutschland, das Scheitern der Versöhnungskonferenzen und Reparationsverhandlungen nimmt der deutschen Währung die letzte Kraft. Die Mark ist auf Null unverhältnismäßig angelangt. Die Einführung von

Waren, insbesondere von Rohprodukten für Deutschland, muß auf das Ultimatum eingeschränkt werden. Dies hat zur Folge, daß die Not im Lande wächst. Zur allgemeinen Not wird sich Arbeitslosigkeit gesellen, da bedingt durch Rohstoffmangel, Produktions einschränkungen zu erwarten sind. Für uns unterdrückenden Völker sind die Folgen gleich verhängnisvoll. Ein Sechzigmillionenvolk scheidet vom Verbrauch der Waren und Kulturgüter aus, seine Lebensbedürfnisse müssen bis zum Äußersten eingeschränkt. Die uns so dringend nötigen Waren bleiben in den Ländern und steigern die bereits vorhandene Arbeitslosigkeit. Der Schaden ist für das Wirtschaftsleben Englands, Frankreichs, Amerikas usw. bedeutsam. Das deutsche Volk vermag sich einigermaßen zu helfen. Es kann seine Warenausfuhr durch Verbesserung der Technik steigern, die Einfuhr aller Luxus- und Genussmittel ganz verbieten und nur auf die unbedingt zum Leben notwendigen Waren beschränken. Die Not wird dadurch eine weitere Steigerung erfahren. Wird aber eine gewisse Höhe, die durch die Fristung des Daleins bestimmt wird, nicht überschritten, sondern Schlemmen und Prosten unmöglich machen und die Bestehenden auf die Rationen des Volkes setzen, dann haben auch die Gewaltfordernungen der Entente ihre natürliche Grenze erreicht. Den Menschen müssen sie den Rest der Lebensmöglichkeit lassen. Ein Volk in einer Hungersnotatastrophe hält, wie weiland das wilhelminische Heer die Hereros, ist wohl nicht gut möglich, wenn auch nicht bestritten werden soll, daß hierzu der Wille bei unseren westlichen Nachbarn wohl vorhanden wäre.

Wir befinden uns an einem entscheidenden Wendepunkt. Die Wege der Arbeiterschaft sind klar vorgezeichnet. Durch die Vertreter ihrer Organisationen ist sie berufen, entscheidend und bestimmt an der Lösung der Seitennot zu arbeiten. Die Aufgabe ist vielfältig. Gilt es vorerst, die Reaktion vollständig zu überwinden, den noch vorhandenen Einfluß in Schule, Justiz, Reichswehr und Behörde endgültig zu brechen, so steigert sich die Aufgabe zur ziel- und richtunggebenden Verpflichtung. Es können nicht mehr gefühlsmäßig, aus dem Handgelenk herausgeschüttelte Punkte fabriziert werden, an deren Erfüllung die Erzeuger selbst nicht glauben, sondern Forderungen und Beschlüsse müssen ausstehen kommen, die wohldurchdacht das Erfüllbare enthalten und für deren Durchführung zu sorgen ist. In der Frage der Gesundung unserer Marktwährung, der Sicherstellung der Vollernährung, der Festigung der Republik, der Verbesserung und intensiveren Ausführung der Produktionsmittel, der Aufrechterhaltung von Handel, Verkehr, Industrie und Gewerbe, überall sind den Gewerkschaften in dieser entscheidenden Stunde riesenhafte Aufgaben gestellt, die nur durch ein volles, einiges Hand-in-Hand-Arbeiten aller um Lohn schaffenden gelöst werden können. Es muß kein Rieden, Revolutionen- und Parolenkassen mehr, es muß gehandelt werden. Ziel klar und pflichtbewußt. Der Kampf wird kein leichter sein. Die Reaktion sieht fest im Sattel, der Bürokratismus sucht dem vordringenden neuen Geist unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg zu rollen; die Angst der Bestehenden um den Verlust ihrer Vorrechte spornst sie zu dem schärfsten Widerstand an. Doch alle Widerstände müssen überwunden werden, nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, welch Mittel heute selbst aufgestellte Proletarier als Alsheilmittel empfehlen, sondern durch Wissensmacht und des Geistes Schwert, also jener Kampf, der dauernden Erfolg verbürgt. Die Gewerkschaften befinden sich in schicksals schweren Kämpfen.

Geraade die Gewerkschaften sind von der Not der Zeit, in der von ihr die größten Leistungen gefordert werden, am schwersten getroffen worden. Alle gewerkschaftlichen Kräfte sind dauernd für die leidigen Tages- und Magenfragen vollauf beschäftigt. Eine Lohnverhandlung jagt die andere. Unter dem Abkommen ist die Unterschrift noch nicht trocken, muß schon wieder gefündigt, neue Forderungen aufgestellt und durchgeschnitten werden. Nicht alle Verhandlungen verlaufen glatt. Das Unternehmertum fühlt sich stark, wünscht Lohnabbau, plant Lohnverbesserungen, verfügt Arbeitszeitverkürzungen, Urlaubsverschlechterungen den Arbeitern aufzuholen, statt die soziale Lage der Arbeitersklaven zu verbessern. Lohnstreiks werden unvermeidlich und verschlingen die Mittel der Verbände. Dies verlangt nur der Tag. Darüber hinaus sollen nun Kräfte freigemacht und ausgelöst werden, die sich mit der dringenden Frage der Verbesserung der Gesamtlage des Proletariats beschäftigen. Auch hier ist mit dem Widerstand der alten Mächte zu rechnen, so daß die Unförderungen an die Verbände sich verstetigen. Die notwendigen finanziellen Verbandsförderungen sind von den rasenden Geldentwertung verschlungen. Die Verbände müssen aber in der alten Stärke und Schlagkraft erhalten werden. Ihre Leistungen müssen bedeutend erhöht — mit 320 Pf. kann kein Kollege mehr auch nur eine Woche im Kampf stehen — und dem veränderten Geldwert angepaßt werden. In schicksals schweren Zeiten ist auch der Verband geldlich auf der Höhe zu halten. Unsere Verbandsleitung hat der letzten schweren Geldentwertung entsprechende Veränderungen der Verbandsleistungen und Beitragssätze mit Gültigkeit vom 1. Oktober (40. Beitragswoche) vorgenommen. Die Streitunterstützung wird in der 1. Klasse von 320 auf 720 Pf. pro Woche erhöht (die anderen Klassen im gleichen Verhältnis, siehe Beitragsbericht). Dies bedingt eine Beitragssteigerung im Grundbeitrag auf 35 Pf. in der 1. Klasse. Die Beitragssteigerung entspricht der in der letzten Zeit erzielten Lohnzulage für eine Arbeitsstunde. Mit dem Grundsatz, einen Stundenverdienst der Organisation, wird der Verband seine alte Schlagkraft bewahren und segreich die schicksals schwere Zeit überwinden können.

### Die Preispolitik der Schwerindustrie

Zunächst ein paar Worte zur Wirtschaftslage. Die deutsche Wirtschaft ist zum Spielball einzelner Personen geworden, genau wie der Gummi ball in der Hand eines Kindes. Je nachdem es dem einen oder andern Vertreter der Elegierstaaten einfällt, eine günstige oder ungünstige Haltung gegenüber Deutschland einzunehmen, steigt und fällt unsere Baluta, die den besten Gradmesser für unsere Wirtschaftslage bildet. So erleben wir seit einem Jahre, seitdem die Stellung Frankreichs zu Deutschland eine besonders ungünstige ist, daß die Entwicklung unserer Mark mit Riesenschritten ihren Lauf nimmt. Für ein Land wie Deutschland, das zur Versorgung seiner Wirtschaft darauf angewiesen ist, in erster Linie ausländische Rohstoffe zu verwenden, wirkt dies besonders verhängnisvoll. Unsere Handelsbilanz ist stark passiv, d. h. wir führen weitmarkig bedeutend mehr Waren ein als aus. Die Folge ist, daß die für den Bezug ausländischer Rohstoffe benötigten Devisen im freien Markt beschafft werden müssen. Hierzu tritt die Zahlungspflichtigkeit des Reichs an die Entente. Dadurch wird die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln sehr groß und ihr Preis gesteigert. Hinzu kommt das mangelhafte Vertrauen, das das Ausland zu den deutschen Zahlungsmitteln hat, da das Nationalvermögen sich infolge der Aussiedlung an die Entente immer mehr verringert und nicht mehr genügend Bürgschaft für unsere Zahlungsmittel bietet.

So erleben wir denn, daß selbst im Inland das Vertrauen der Bevölkerung zur Mark schwundet. Ein jeder, der Geld zur Verfügung hat, versucht es in Ware anzulegen, die ihm mehr Sicherheit für den Erhalt des Wertes bietet. Das Ausland sucht bei dem guten Stand seiner Baluta deutsche Waren zu kaufen, die uns Deutschen zwar viel zu teuer scheint, dem Ausland jedoch zuerst preiswert ist. Dadurch wird natürlich die Nachfrage nach Waren unermöglich gesteigert und eine glänzende (Schw.) Blüte für die deutsche Industrie erzeugt. Kein Werk, welches Waren zur Weiterverarbeitung oder zum unmittelbaren Verbrauch erzeugt, ist in der Lage, den gestellten Ansprüchen zu genügen. Da die hervorgebrachte Wirtschaftsbilanz es daher nur ein Trugbild für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage eines schlechtbalutartigen Landes. Hinter ihr grinst die furchtbare Katastrophe, die durch diese Verhältnisse zwar zunächst gehalten wird, aber einmal bestimmt mit elementarem Gewalt ausbrechen wird. Dieser Punkt kann auch von innen heraus hinausgeschoben oder nähergebracht werden. Die große Masse der Bevölkerung, die die ganze Last einer derartigen Katastrophe zu tragen hat, hat selbstverständlich kein Interesse an der Beschleunigung dieses Zeitpunktes, sondern daß er so lange wie nur eben möglich hinausgeschoben wird. Beschleunigt wird die Katastrophe dadurch, daß man strebt, die innere Preisgestaltung an die des Weltmarktes heranzubringen. Es würde dann nur einer Stabilisierung der Mark bedürfen, und die Katastrophe würde hereinbrechen.

Den Schlüssel für die Preisgestaltung im Innern bilden die Schlüsselindustrien, in erster Linie die Kohlen- und Eisenindustrie. Ihre Ergebnisse beeinflussen am meisten die Preisgestaltung. Nichts wird heute verzehrt oder verbraucht, in dem nicht ein Stück Kohlen- oder Eisenpreis steht. Über die Wechselwirkung der Preisgestaltung dieser Industrien zur Gesamtwirtschaft ist an dieser Stelle des öfteren gesprochen worden, so daß es damit kein Zweck haben kann, heißt sie der Schlüsselindustrie das Verständnis für die Wirtschaftsgegenwart, beträgt sie nur krasse Selbstsucht, dann wird sie durch ihre Politik die Katastrophe beschleunigen, wenn keine Mittel an gewandt werden, die diese egoistischen Erziehungen weise zu erhalten. Das Sprichwort von dem freien Spiel der Kräfte und der freien Wahl dem Ehrlichen würde hier, in die Tat umgesetzt, eine verhängnisvolle Wirkung ausüben. Dies haben auch die Nachkriegsregierungen erkannt und dem durch Schaffung sogenannter Selbstverwaltungsräte auf den verschiedenen Wirtschaftsbereichen Rechnung zu tragen versucht. Die Industrie betrachtet diese Einrichtungen als eine Belastigung, als einen Hemmschuh in ihrer Verkaufspolitik. Ihr fehlt das Verständnis für die Volksgemeinschaft, bei ihr ist der Egoismus zu Fleisch geworden. Deshalb versucht sie mit allen Mitteln, sich derartigen Einrichtungen zu entziehen. Mit Mitteln, die jedem Grundsatz von Ehre und Glauben höhn sprechen, wie dies für die Eisenwirtschaft geschehen ist, geht man dazu über, die Tätigkeit dieser für die Volksgemeinschaft so ungewöhnlich wichtigen Einrichtung zu unterdrücken. Dieses Bestreben besteht in allen Industrien die Vertreter der Erzeuger, des Handels und des Verbrauchs. Sie können auch gar nicht anders, weil sie voneinander abhängig sind. Sie haben ja auch alle die gleichen Interessen und die Möglichkeit, die durch diese Politik hervorgebrachte Preissteigerung auf ihre Kunden abzuwälzen bis zum Endverbraucher, das ist die große Macht der Bevölkerung, die seine Möglichkeit der Abwendung hat. Was besagt es denn, wenn die Vertreter dieser Gruppen sich einig sind in der Ablehnung der Höchstpreise. Sie sind nicht die Vertreter der Wirtschaft, sondern die Vertreter ihrer Interessen.

Das Gesagte trifft besonders bei der Eisenindustrie zu. Nachdem sie die Legierung des Eisenwirtschaftsstaates gelungen, konnte sie ihren selbstsüchtigen Erziehungen freien Lauf lassen. In letzter Zeit hat sie eine Preispolitik betrieben, die vorzüglich geeignet ist, die vorhin geschilderte Katastrophe zu begleiten. Ihre Handlungen werden auch dadurch nicht besser, daß sie von den Vertretern des Handels und des Verbrauchs gestoppt werden.



# Der Erweiterte Beirat

des Verbandes tagte am 21. und 22. August in Stuttgart, um Stellung zu nehmen zu den Wirtschaftsfragen der Gegenwart und zu einer Angleichung der Unterstützungen und Beiträge des Verbandes an die Geldentwertung.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Dr. Einstein (Stuttgart) das einleitende Referat und führte den Anhörenden das Problem der Marktentwertung und seine Folgen in überzeugender Weise vor Augen. Wir haben folgendes hervor: Der Abwehrkampf gegen die Marktentwertung ist nicht einfach, da diese aus den verschiedensten Ursachen herläuft. Die in Genua aufgestellte These, daß zunächst der Kampf gegen den Papiergelddruck anzunehmen sei, behandelt die Sache oberflächlich, und die weitere These, daß ohne Auslandsanleihe keine Stabilisierung der Mark möglich ist, beweist diese Behauptung. Dem Problem der Produktion ist bis jetzt nicht der notwendige Wert beigemessen worden, die deutsche Industrie hat — zum Teil — nicht nach dem volkswirtschaftlichen Wert der Produktion gefragt, sondern nur nach Profitinteressen gehandelt. Redner weist an Bahnen das Sinken der Produktion nach.

Das Defizit der deutschen Zahlungsbilanz beträgt — ohne die Reparationsleistungen — etwa 2 Milliarden Goldmark und zurzeit muß Deutschland Hunderte von Milliarden Papiermark für ausländische Waren und Rohstoffe ausgeben. Dieser Zustand ist unhaltbar und Deutschland muß, will es zu etwas günstigeren Beziehungen kommen, eine Stabilisierung seiner Ausfuhr und eine Verminderung seiner Einführung herbeiführen. Eine Steigerung der Ausfuhr ist leider nur begrenzt möglich, weil die Aufnahmefähigkeit der fremden Märkte keinen guten Aufzug im Ausland untergraben hat durch unzureichende Konsumtionen, Lieferung minderwertiger Ware und unsinnige Preisforderungen. Außer der Zahlungsbilanz bestimmen die 130 Milliarden Papiermark, die im Ausland sind, die Markentwertung. Zurzeit ist die Mark im Ausland unverhältnismäßig, gleichzeitig werden Mark überall angeboten, während im Inland stürmisch ausländische Zahlungsmittel gefaust werden. Unter diesen Umständen sind die Devisensläufe, die die Reichsbank zur Leistung der Reparationsleistungen vornehmen mußte, eine „Blutabzehrung“ gewesen, die Deutschland nicht mehr ertragen kann. Ich kann nur zu all dem den Kapitalexport, d. h. die Flucht der deutscher Kapitalisten ins Ausland und die Maßnahmen vieler Exporteure, dem Staat möglichst wenig von ihren Exportdevisen zu überlassen, sowie die Auswürtungen im innerdeutschen Marktverkehr, dann haben wir einige wichtige Ursachen der Marktentwertung, deren Beseitigung eine Verbesserung herbeiführen würde. Leider ist, seitdem die Erzeuger in Betracht kommen, wenig zu hoffen. Diese haben die Gewalt, wortin wir uns befinden, immer noch nicht erlangt und es ist von ihnen keine Überzeugung ihrer volkswirtschaftlichen Auffassung zu erwarten.

Rebner bespricht in seinem weiteren Ausschlußbericht die Geldknappheit, die infolge der Geldentwertung eingetreten ist. Der Kreditbedarf ist sehr groß und kann nicht umfassende Maßnahmen getroffen werden, besteht keine Möglichkeit, die deutsche Industrie voll im Gang zu halten. Die deutsche Regierung hat wenig getan, um die leichten Zuländer zu verhindern, eine bessere Steuer- und Wirtschaftspolitik, besseres Export- und verminderte Importpolitik ist dringend notwendig. Was nottu ist folgendes:

Das Problem des Krebits ist zu lösen. Willkür muß verhindert und der Dienstdienst geregelt werden. Die Regierung muß eine Dringlichkeitssatzung ausspielen und es muß verhindert werden, daß aus der Kreditbewilligung ein Geschäft gemacht wird. Eine bessere Regelung des Devisenproblems ist ein weiteres Erfordernis. Das Minimum des Etatbedarfs ist saftliche Bewirtschaftung der Devisen. Damit wird gleichzeitig erreicht, daß nicht unerlässlich nötige Güterfernbleiben. Ferner muß der Staat unter Führung der Gewerkschaften in das Preissproblem eingreifen. Es muß eine genaue Preistabelle erlassen und festgesetzt werden, wie sich die Lieferungsosten gestalten. Die Hand in Hand mit der Entwertung der Mark steigende inländische Versteuerung erfordert zu voller Beachtung des Preissproblems.

Schließlich ist auf eine bessere Leistungsfähigkeit des deutschen Produktsatzes hinzuwirken. Nicht durch Verlängerung der Arbeitszeit, sondern durch Befähigung und Ausbau der Technik. Die Zeit der Hochkonjunktur ist momentan vorüber, ohne daß bisher das letzte Mittel der Bekämpfung der Schäden angewendet worden ist. Die gewerkschaftlichen Organisationen müssen versuchen, zu retten, was noch zu retten ist.

**Lisman** (Stuttgart): Wir sind uns alle über den furchtbaren Ernst der Lage. Der Vorstand muß sein Augenmerk nach zwei Seiten richten. Wir wissen, daß unsere Lohnpolitik allein fruchtlos und andere Maßnahmen zwingend notwendig sind. Wir müssen heute fast unsere ganze Zeit und Kraft auf die Lohnverhandlungen verwenden, obgleich dies, so notwendig es ist, für sich allein betrachtet, eine Erfolglosigkeit darstellt, denn die Preise eilen den Löhnen immer voraus. Die außen- und innerpolitischen Zustände erfordern nicht nur eine volle Aufmerksamkeit, sondern auch ein aktives Eingreifen der Arbeitersorganisationen unter Zusammensetzung aller proletarischen Kräfte. Wir müssen konkrete Vorschläge machen, die bei Beachtung der zum Teil zwangsläufigen außerpolitischen Entwicklung und Weltwirtschaft einen entschiedenen Eingriff im Lande selbst vorsehen, so neben der Devisenbewirtschaftung auf dem Gebiete der Steuern (Erfassung und Laufende Abführung von Steuern der bestehenden Klasse), Ernährungs-, Wohnungs- und anderer Wirtschaftsprobleme, Intensivierung der Produktion (d. h. nicht auf Kosten der Arbeitszeit), Preisbildung, gegen Bücher und Streikstreiter usw. Mit diesen Fragen ist der Vorstand auch gegenwärtig sehr eingehend beschäftigt. Gernfo verhindert die Spitzenorganisationen zurzeit wieder mit der Regierung.

Was soll geschehen, wenn Pointcarre wahrmacht, was er verhindert? Sollen dann die Bergleute, sollen die Metallarbeiter, diese zwei stärksten Arbeiterschaften im Industriegebiet, schwören? Es geht vielleicht nicht an, daß die Arbeiter alles ruhig hinnehmen sollen, und es kann keine Rüde davon sein, daß die Bergleute Arbeitsstiller der Entente werden sollen.

Der Reichstag ist in Gefahr, ebenso im Ausland, so u. a. in der Schweiz. Offiziell gelingt es unseren Arbeitsgruppen, die geplante Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren. Auch wir müssen mit schweren Kämpfen rechnen. Redner behandelt in eingehenden Ausführungen eine Reihe Devisenfragen zum Lohnproblem und Organisationsfragen.

In der Aussprache, die sich an die Ausführungen von Lisman und an das Referat Dr. Einsteins anschließt, nimmt zunächst das Wort **Urich** (Berlin), der über die Berliner Lohnbewegung und über das Verhalten der Sozialen und Maschinen berichtet.

**Wolf** (Eltern) wünscht mehr Klarstellung über die Reparationsfragen und in diesem Sinn Verbreitung der These Dr. Einsteins.

Beim Forderungen aufgestellt werden, dürfen diese nicht auf dem Papier bleiben.

**Künne** (Stuttgart): Wir beschäftigen uns zu viel mit den Symptomen der Not Deutschlands und legen zu wenig Wert auf die Lösung. Es handelt sich nicht nur um unsern Elends, sondern um unser ganzes Sein. Wir müssen vom Nationalenkommen zum anderen freude ausbringen, die in seinem Beziehungsmaß zu unserer Kraft stehen. Dank der Roten Armee haben wir die Not noch nicht in einem Maße gespürt, wie sie eigentlich besteht. Die Auswirkungen der neuen Verstärkung der Mark werden weitere Verunsicherung, noch höhere Not sein.

Von einer Devisen- und Preiskontrolle ist höchstens eine Rücksicht zu erwarten; wirkliche Besserung tritt nur ein, wenn der Unqual unserer Not, die Reparationsleistungen, berücksichtigt werden kann. Wir müssen alle Möglichkeiten ergreifen, um unsern Arbeitsgruppen im Ausland die Wirkungen des Friedensvertrags klarzulegen. Wir müssen einen Plan auf lange Sicht und ein weltumspannendes Programm erarbeiten. Ferner muß nach Stabilisierung unserer Werte, nach Erhöhung der Produktion gebracht werden. Durch Vermindestung der Re-

parationsleistungen und Stabilisierung der Produktion besteht die Möglichkeit, den furchtbaren Niedergang Deutschlands zu hemmen.

**Vorholzer** (Stuttgart): Die Ausschaltung von Forderungen ist nicht gleichbedeutend mit der Erringung von Zielen. Wir dürfen keine Forderungen stellen, die nicht Aussicht auf Erfüllung haben. Dr. Einstein hat recht, Deutschland kann sich nicht allein helfen. Klarstellung im Ausland tut bitter Not; unsere Brüder im Ausland kennen die Wirkungen des Versailler Vertrags nicht. Das gleiche gilt jedoch auch für viele Kollegen im Inland, auch diese müssen über den Ernst der Lage aufgeklärt werden.

**Blaska** (Berlin) und **Liebe** (Dresden) besprechen die Lohnverhältnisse in ihren Bezirken.

**Kurz** (Stuttgart) bespricht in Verfolg von Ausführungen von Kummer und von Vorholzer über Normalisierung und Epipolierung in den Betrieben diese Frage. Er ist der Ansicht, daß nur bei Sozialstabilisierung der Arbeit für die Arbeiterschaft Vorteile von einer Vereinheitlichung entstehen. In weiteren Ausführungen behandelt Redner gleichfalls Lohnfragen, insbesondere in bezug auf die Lohnunterschiede zwischen Gehörten und Angehörten.

**Konrad** (Hanau) hebt u. a. hervor, daß die etwaige Ausschaltung weiterer Forderungen des ADGB zwecklos sei, wenn nicht auch alles getan werde zur Durchführung dieser Forderungen, so auch der bisher aufgestellten.

**Braun** (Stuttgart): Der Vorstand hat sofort bei dem Einsetzen des jetzigen katastrophalen Marktalters das Verlangen nach Klarstellung an den ADGB gerichtet und weiter gefordert, daß der ADGB Stellung zu den Fragen nimmt, die die Arbeiterschaft mehr als je bewegen. Die Entwicklung der Ausfuhr darf nicht überschätzen; es ist nicht übertrieben, wenn wir die ausländischen Arbeitsmärkte herausfordern.

**Dr. Einstein** (Schlußwort): Bei Ausschaltung von Forderungen muß beachtet werden, daß die Marktentwertung und der Stand der ausländischen Devisen entscheidende Probleme für die deutsche Industrie sind. Von Standpunkt der Devisenversparnis muß die Einführung nicht dringend nötiger Produkte beschönigt werden. Der Durchführung dieser Maßnahme werden allerdings große Schwierigkeiten entgegenstehen. Redner geht aus die Ausschüttungen in der Aussprache ein. Wichtiger als die Ausarbeitung eines Plans auf weite Sicht ist, wie die Marktentwertung bekämpft werden soll. Notwendig ist ein Verbot, daß keine Dollarwährung im inländischen Geschäft zugelassen wird. Die Ausschaltung, daß wir uns nicht um die Betriebe kümmern sollen, ist falsch. Solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, ist der Kampf um den Ertrag die Hauptaufgabe und dieser Kampf kann nur in gut ausgebauten Betrieben von Erfolg sein.

Redner faßt seine Ansichten in folgenden Leitsätzen zusammen: Von der Lösung der Kreditfrage hängt die Weiterarbeit der Industrie ab. Sie kann nur gelöst werden durch eine von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten getragene Verteilung des zur Verfügung stehenden Kapitals. Gleichzeitig muß versucht werden, daß im Ausland liegende Geld der Industrie, das dort nicht nötig ist, hereingekommen. Devisen darf nur der Erzeuger oder Kaufmann erhalten, der sie zur Einführung von Rohstoffen braucht. Die Preisbildung ist zu überwachen. Die Zahlung in ausländischer Währung im Inland verkehr ist zu bekämpfen. Durch bessere Verteilung und Eintreibung der Steuern muß dem Staat mehr Geld zugeführt werden, damit er den Papiergelddruck auf das Notwendigste beschränken kann.

**Lisman** (Stuttgart): Der Vorstand wird neben den von Dr. Einstein in den Vordergrund gestellten Gesichtspunkten den Notwendigkeiten des Tages Rechnung tragen. Wir erwarten weder von Lloyd George noch von andern etwas Gutes für die Arbeiterschaft. Unsere Forderungen werden uns mit den Sachwaltern des Kapitals in Konflikt bringen, denn letzten Endes ist das kapitalistische System mit allen seinen Auswüchsen und Folgen schuld an den heutigen Zuständen.

Unser zweiten Punkt der Tagesordnung nimmt das Wort **Schäfer** (Stuttgart): Die Gründe, die dem Vorstand veranlassen, dem Beirat eine Vorlage über weitere Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen zu unterbreiten, sind beim ersten Punkt der Tagesordnung ausgiebig erörtert worden. Durch die Geldentwertung können die Kollegen unmöglich mit den seitherigen Unterstützungen auskommen und der Beirat kann keinen vielen Aufgaben nicht gerecht werden, sofern ihm nicht größere Mittel ausliegen. Der Vorstand hat das Beitragsgeld im Hinblick auf agiotaristische Gründen nur möglich erhöht und bei der Festsetzung der Höhe der Beiträge auf die schlechter erlöhnenden Beiträge bedacht. Das Beitragsgeld im Hinblick auf die schlechter erlöhnenden Beiträge ist der Anteil der Volksklassen auf 10 v. H. der Beiträge bezeichnet worden. Um Reiferen zu schaffen, sind für die Erwerbslosen, Streik- und Gewahrsamerunterstützung zwei Sätze vorgeschlagen und der höhere zweite Satz soll vier Wochen später in Kraft treten.

Die Steigerung der Ausgaben wird vom Redner mit Zahlen belegt; die Vorlage ist das Mindeste, was der Vorstand fordern muß. Dabei ist aber zu bedenken, daß die Sätze durch die weiter zu erwartende Geldentwertung bei ihrem Inkrafttreten schon wieder überholt sind. Aus technischen Gründen können die erhöhten Beiträge erst vom 1. Oktober an erhoben werden. Bei der Besteuerung der Mitglieder durch Volksbeiträge steht der Vorstand auf dem Standpunkt, daß die jugendlichen Mitglieder geschont werden müssen; der Vorstand ist der Ansicht, daß die Mitglieder der oberen Klassen einen erheblich größeren Volkszuschlag bezahlen können als die Jugendlichen.

Redner weitet sich am Schluss seiner Ausschüttungen gegen einzelne Verträge, die ohne Genehmigung des Vorstands streikt durchführen, wobei sie die Kosten auf die Volksklasse übernehmenen. Durch solche Streiks werden die Maßnahmen des Vorstands behindert oder durchkreuzt, denn wenn die Unternehmer aussperren, muß doch die Hauptklasse eingreifen und es können andere Pläne nicht zur Ausführung kommen.

In der Aussprache, an der sich 23 Redner beteiligen, werden eine Reihe von Wünschen laut und Änderungsanträge gestellt. Die Aussprache dreht sich besonders darum, wie die Beitragseinstellung den Stundenlohn angepaßt werden kann und ob das Beziehungsmaß zwischen Beitrag und Unterstützungen richtig ist. Einige Redner bemängeln den niedrigen Anteil der Volksklassen, andere die niedrigen Sätze der Erwerbslosenunterstützung. Ein Antrag **Böttcher** (Kiel) fordert eine Änderung des § 5 Abs. 3 des Statuts in dem Sinne, daß bei Bezug von Erwerbslosenunterstützung Beitragsbefreiung gewährt werden soll; ein Antrag **Häcker** (Ludwigshafen) will dasselbe unter Bedingung bei allen Unterstützungsgruppen.

Wir können im Rahmen dieses Berichts nur einige der Redner herheben.

**Timm** (Breslau) wünscht Klarstellung der Frage, ob nicht ein Stundenlohn als Beitrag gesetzt werden soll und stellt in Verbindung mit anderen Kollegen einen dementsprechenden Antrag. Wir müssen uns den Beziehungsmaßen anpassen, sonst wandern die Mitglieder zu Konkurrenzorganisationen.

**Lisman** (Stuttgart): Wir leiden daran, daß wir aus technischen Gründen mit den Beiträgen und Unterstützungen der Geldentwertung nicht folgen können. Der Beirat muß dem Vorstand Vollmachten geben, damit der Vorstand einstieg der Zwangslage entsprechend handeln kann und Beiträge und Unterstützungen bei einer weiteren Markentwertung stets in Übereinstimmung mit den veränderten Geld- und Beziehungsmaßen angepaßt werden können.

**Schulenburg** (Karlsruhe) ist gegen den Antrag **Böttcher** und schlägt vor, daß die Beiträge für Erwerbslose von den Volksklassen übernommen werden sollen. Der Beschluss des Beirats hinsichtlich der Eingruppierung der Mitglieder in die Beitragsklassen ist sinnvoll so aufzuteilen, daß alle, die einen höheren Verdienst haben, in die erste Beitragsklasse kommen sollen.

**Bernard** (Frankfurt) hält eine Beitragserhöhung nach dem Stundenverdienst für schwierig, weil wir nicht überall Bezirkstaktiken haben und weil der Idealismus der Mitglieder fehlt.

**Zissa** (Berlin) wendet sich besonders gegen seinen Antrag nach zu niedrigen Anteil der Volksklassen. Die gestellten Ausgaben der Volksklassen fordern eine Erhöhung. Schäfer hat in seiner Rede vorgeschlagen, die völlige Abschaffung der Volksbeiträge zu ermöglichen. Der Gedanke ist gut; damit würde Stabilität in unsere Finanzen kommen.

**Liebe** (Dresden) spricht gleichfalls für einen höheren Anteil der Volksklassen und für Erhöhung der Frage über Stundenlohnbeiträge.

**Weißig** (Frankfurt) ist einverstanden mit einer von Liebe vorgeschlagenen Kommission zur Prüfung der Einführung eines Stundenlohns als Beitrag. Diese Kommission könnte Vorarbeit leisten für die nächste Generalversammlung. Die vorgeschlagene monatliche Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen bei weiterer Geldentwertung wird aus verhaltentechnischen Gründen nicht durchführbar sein.

**Dona** (Dessau) weist auf die grobe Verantwortung des Beirats hin. Es ist unmöglich, bestimmte Grundregeln zu schaffen, was müssen uns nach dem Gebot der Stunde richten und von diesem Gesichtspunkt aus ist es auch nicht angebracht, wenn von Statuten Verantwortung geprägt wird. Der Beirat muß auf Grund seines Verantwortungsgefühls und den Beziehungsmaßen entsprechend handeln. **Witzmann** (Stuttgart): Die technische Durchführung der monatlichen Erhöhung der Unterstützungen und Beiträge muss geprüft werden. Wenn wir gezwungen sind, bestimmte Bestimmungen des Statuts (Beiträge und Unterstützungen) zu ändern, dann geschieht es nur unter dem Zwang der Zeit und der Notwendigkeiten. Wir würden vor dem Beiratstag nicht bestehen können, wenn wir nicht den Beziehungsmaßen Rechnung tragen.

**Wöller** (Köln): Wir rechnen mit der fortwährenden Geldentwertung, dürfen dabei jedoch nicht außer acht lassen, daß bei einer Wirtschaftskrise die Wöhre nicht in gleichem Maße steigen werden. Der Vorstandsvorlage müssen wir zustimmen. Eventuelle weitere Vorlagen müssen uns zeitig zugehen. Die eingegangenen Anträge sollten alle dem Vorstand überreichen werden.

**Vorholzer** (Stuttgart): Mit der Erwerbslosenunterstützung ansteigende sollten wir brechen. Für die Kasse würde es einfacher sein, wenn der Beirat die Kasseunterstützung bezieht, vom Beirat bereitgestellt wird.

**Schäfer** (Stuttgart) geht auf die Ausschüttungen der einzelnen Redner ein, weist die von einem Redner vorgetragenen Vorwürfe zurück und bekämpft den Antrag **Böttcher**. Der Kasse soll für die Hauptklassen wäre zu groß. Von einem Redner gewünschte stärkere Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung ist nur möglich bei gleichzeitiger weiterer Erhöhung der Beiträge. Die Härten bei Übertritt von Mitgliedern aus einer niedrigen in eine hohe Klasse sind nicht zu vermeiden. Der Anteil der Volksklassen kann nicht höher werden, diese haben es zur Zeit nicht in der Hand, durch Volkszuschläge sich Geldmittel zu schaffen. Die Vorlage sollte unverändert angenommen werden.

**Der Antrag Timm und Genossen:**

Der Vorstand hat umgehend zu prüfen, ob und wie eine den Stundenlohn angepaßte Beitragseinstellung schneller und gerechter wie bisher zu ermöglichen ist.

wird einstimmig angenommen. Die weiteren materiellen Anträge werden gegen wenige Stimmen dem Vorstand überreichen. Die Vorlage des Vorstands wird darauf einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt. Nach Befreitung geschäftslicher Dinge wird die Sitzung geschlossen.

Nach den gesetzten Beschlüssen gilt vom 1. Oktober an (40. Beitragswoche) folgendes:

Beitrittsgeld	
in der I. Klasse	in der IV. Klasse
15 M.	7 M.
II. . . . .	V. und VI. Klasse 8 . . . . .
III. . . . .	10 . . . . .

Beiträge	
I. Klasse	IV. Klasse
85 M.	14 M.
II. . . . .	28 . . . . .
III. . . . .	19 . . . . .

Anteil der Volksklasse	
I. Klasse	IV. Klasse
8,50 M.	1,50 M.
II. . . . .	2,80 . . . . .
III. . . . .	2, . . . . .

Beitragsgeld	
in allen Beitragsklassen auf 15 M. pro Tag.	
Umzugsunterstützung	
bei einer Mitgliedschafts- dauer von Wochen	bis 150 km über 150 km Entfernung
I. Klasse: 52—156	200,— 800,—
157—260	250,— 400,—
261—364	300,— 500,—
365—468	400,— 600,—
469—572	5

**Gtrell- und Gewerbegegenstüdungen**  
(§ 15 Abs. 5 und § 16 Abs. 8 des Statuts)

**Vom 1. Oktober an (40. Beitragswoche)**

I. Klasse	270,-	Mil. pro Woche
II.	210,-	
III.	180,-	
IV.	90,-	
V.	48,-	(wie seither)

**Betrag für Frau und jedes Kind 8 Mil. pro Tag oder 18 Mil. die Woche.**

**Vom 29. Oktober an (44. Beitragswoche)**

I. Klasse	380,-	Mil. pro Woche
II.	270,-	
III.	180,-	
IV.	120,-	
V.	48,-	(wie seither)

Damit waren die Beratungen des Erweiterten Beirats erledigt und schloß Kollege Döhrmann mit einigen, an den Ernst unserer Zeit wachsenden Worten die Tagung.

## Christliche und Gelbe unter deutsch-nationaler Führung?

Aus dem Deutschen Landerbeiterverband schreibt man uns:

Der Deutsche, das Sprachrohr des Herrn Adam Stegerwald und der Spionenorganisation der christlichen Gewerkschaften, nimmt anbauend schärfere Stellung gegen die wirtschaftsfriedlichen Berufsverbände. Wenn seinen Auflösungen Glauben beigegeben werden soll, wird er nicht umhin können, sich zu einem "streng vertraulichen" Rundschreiben der deutsch-nationalen Volkspartei zu wenden. In diesem heißt es:

Die Sozialdemokratie ist wirtschaftlich und politisch der Feind der bürgerlichen Parteien und Organisationen. Ihr entschiedenster Gegner im politischen Kampf ist die Deutschationale Volkspartei und in wirtschaftlicher Hinsicht sind es die christlichen Gewerkschaften. Diese beiden großen Verbände haben sich nun zusammengefunden zum gemeinsamen Kampfe gegen einen gemeinsamen Feind. Das war um so leichter, da ja die Führer der christlich organisierten Arbeiterschaft — Stüffer, Behrens, Wimbach — selbst Mitglieder der deutsch-nationalen Arbeiterpartei sind.

Die Deutschationale Volkspartei führt nun in allen Kreisen die auf nationalen Boden stehenden Arbeiter innerhalb der christlichen Gewerkschaften zu deutsch-nationalen Arbeitervereinssgruppen (1) zusammen, die dann mit zunehmender Stärke der christlichen Gewerkschaften einen immer mehr rechts gerichteten Sturz geben mit dem Ziel: wirtschaftsfriedliche Löschung der sozialen Ungleichheiten und Zusammenfinden zum nationalen Volksstaat.

Der Kampf, zu dem sich die christlichen Gewerkschaften und die Deutschationale Volkspartei nach den Angaben des Rundschreibens zusammengefunden haben, richtet sich in erster Linie — wenn das auch nicht mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht wird — gegen die christlichen Gewerkschaften, denn nichts anderes bedeutet der antisozialistische Kampf gegen die Sozialdemokratie. Noch auf dem Gewerkschaftskongress in Leipzig wandte sich der Reichsarbeitsminister Dr. Cauß gegen die "neue gelbe Bewegung". Es ist als sicher anzunehmen, daß er dies nicht tat, ohne im Einlang mit der Spionenorganisation der christlichen Gewerkschaften zu stehen. Um so weniger glaubhaft Klingt die Behauptung des Rundschreibens, daß die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit mit den Gelben und der deutsch-nationalen Führerlinie sich vereinigt haben soll. Wahrscheinlich ist dagegen, daß der deutsch-nationalen Führer der christlichen Gewerkschaften unter Führung des Dr. Stüffer Behrens und Genossen ein beträchtliches Überhaupt gewonnen haben. Es entsteht dann die Frage: Wiederum Stegerwald usw. ein beträchtliches Bündnis mit ihrer Führerlinie und mit ihren sonstigen Anhängern vereinbart? Wenn Herr Behrens mit den Gelben und den deutsch-nationalen Arbeiterverbänden zusammengeht, beweist ein Schreiben von ihm vom 28. Juli, in dem er ihnen für ihre Nachnahmen bei Arbeitsermittlung, Stellung von Anträgen an die Schiedsgerichtsmaßnahmen usw. Verhältnismäßigkeiten gibt. Das Zusammenarbeiten beider mit bestellten Rollen wird damit klar erwiesen und es wird dann auch verständlich, aus welchen Beweggründen dieser Führer der christlichen Gewerkschaften selber von deutsch-nationalen Unternehmern zugelassen wird. In Wirklichkeit sind die um Behrens und Genossen "die neuen Gelben", die unter falscher Flagge ziehen und die aus tatsächlichen Gründen sich vom Gewerkschaftsnamen trennen, um so die Geschäfte der Deutschnationalen Volkspartei weiterzuführen und erfolgreich bejagen zu können.

Was sagt die Spionenorganisation der christlichen Gewerkschaften zu dem Verhalten der Führer und Genossen, wenn sie die Vereinigung mit der deutsch-nationalen Volkspartei selbst ablehnt?

## Von der Stärke der christlichen Gewerkschaften

Wissen die Christen selbst eine sehr geringe Meinung zu haben. Das zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschland bringt in einer Nr. 16 einen Artikel über unseres 11. Gewerkschaftskongress. Nach der christlichen Art werden bei freien Gewerkschaften einige Spalten lang bezeichnet, ohne jedoch auf die Arbeiterschaft des Gewerkschaftskongresses einzugehen, denn trotz vieler verlogener Übertreibung etwas über den schlechten und unzureichenden Zustand geschieben, der in Leipzig gezeigt habe. Dann folgt der Schluß einer Befragung über eine christliche Organisation, die alles andere als zweckmäßig ist: „Festigt.“

Diese Befragungsberichtungen über gewerbliche Fragen kommt gewöhnlich keine Gewerkschaftsbewegung zugetragen. Wie kann man aber der christlichen Gewerkschaftsbewegung nur den schlechten Zustand bezüglich gewisser Gewerkschaften zuschreiben, was sich die Freien Gewerkschaften in Leipzig leisten — das wäre erheblich mehr, als der Anfang vom Ende.“

Das wird uns erscheinen nur. Die Christen können gar nicht wissen, Befragungsberichtungen über gewerbliche Fragen zu pflegen. Die kommunistischen Verbände würden sich sofort in ihre Bestände einfühlen, denn ihre Organisationen haben überhaupt keine Gewerkschaften, sondern auch keine Befragungsberichtungen darüber zu bringen. Dafür sind die Christen: „Selig seid, die habt gespielt.“

Die Christen müssen bestätigt sein, daß freien Gewerkschaften jedoch nicht gut und kann es ja nicht besser. Nachprüfen über gewerbliche Fragen ist der Öffentlichkeit zu zeigen, ohne daß zu befürchten wäre, der ganze Vorfall entdeckt.

## Dorfahl-Greifswaldergefechte!

Durch die Spionenzeitung der Rundschule Greifswald gehen teilweise Neuzugänge, in denen Spionage, Mordlust, Sex, Rassismus usw. für bürgerliche Fortschrittsbewegung in der Rundschule greift auf der Seite Stellvertreter-Dreiecke geführt werden. Die bürgerliche, angeblich sozialistische Rundschule zeigt genau, daß auf dieser Seite gegen ein sozialistisches Schülertum gekämpft wird. Der Rundschule kommt vor, daß sie, jetzt für soziale Fortschrittsbewegung und sozialistisch, den sozialen Radikalen der Rundschule Ressorten für Gewerkschaften und Gewerkschaftsorganisationen der Christen geben.

Der Christen empfehlen wir jetzt, genau die Rundschule, nicht über diese zu gehen, sondern die Rundschule, welche mit Spionage und Rassismus die Schüler der Rundschule gegen eine Fortschrittsbewegung machen.

## Der Gewerbeverein Hirsch-Düncker

Die Hirsche veröffentlichten den Jahresbericht 1921. Danach beträgt die Gesamtmitgliedszahl 224597, davon sind 23375 weibliche. Seit 1919 ist eine Steigerung der Mitgliedszahl um 35000, seit dem Jahre 1920 aber ein Rückgang um 1400 eingetreten. Erklärend liegen die Hirsche bei, es hätte weit schlimmer sein können, denn zeitweilig wäre der Abgang der Revolutionsorganisierten im letzten Jahr sehr stark gewesen. Das Verbandsvermögen, Haupt-, Votiv-, Kranken- und Begräbnisskasse, alles zusammengekommen, betrug rund 14 Millionen, dies sind 60 M pro Mitglied. Die horrende Summe macht den Hirschen Kopfschmerzen, nicht etwa darum, daß mit dieser finanziellen Reserve eine Kampfesorganisation in der Zeitzeit auf sehr schwachen Füßen steht, sondern weil das Geld am allerbesten anzulegen ist. Im „Regulator“, dem Organ der Hirsch-Düncker'schen Metallarbeiter, wird ernsthaft der Vorschlag gemacht, „größere Vermögenssteile in Grundstücken und Neubauten anzulegen“, mit andern Worten, die Hirsche sollen mit ihren paar Kröten am Baumwesen spekulieren. Sie rechnen dabei sehr früh. Ein Haus kostet sich für eine halbe Million bauen, in einem Jahr ist eine weitere Geldentwertung auf die Hälfte oder ein Drittel eingetreten, dann bekommt man sehr leicht eine Hypothek im Wert des Bauplatzes und das Geld der Werkvereinskasse ist wieder flüssig. Schrumm. Ein Glück, daß die Hirsche ein Geweih auf dem Kopfe haben, sonst würden sie nächstens mit dem blauen Schädel durchs Dach fahren.

Doch es die Aufgabe ihrer proletarischen Organisation sein mühte, mit allen Mitteln und Kräften der steigenden Geldentwertung entgegenzuwirken, kommt ihnen gar nicht in den Sinn, im Gegenteil, sie erhoffen von einer weiteren Geldentwertung eine Gefundung ihrer schon schwachen Finanzen.

Und deshalb wird im besten Vertrauen auf unsere gute Sache alles getan, um die Gewerbevereine über das Erreichte hinaus zu einer immer größeren Macht im deutschen Volksleben werden zu lassen“, so schließt der Unentwegte seinen geistreichen Bericht, nimmt sein Parapluie und geht zur Mutter heim.

## Eingegangene Schriften

Zur Bestellung der angezeigten oder beprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werk angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.

Ausbau der sozialen Handelsforschung von Johann Kupfer, Gewerbeblatt für Nürnberg. Der Preis der Broschüre beträgt 10 M. Sie ist durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag des Generalverbandes der Angestellten, Berlin SO 26, Oranienstraße 40/41, zu beziehen.

Die Werkstatt des Geistes. Von Gerhard Seeger. Heft 7 der Proletarischen Jugend, Sammlung sozialistischer Jugendbüchern (Verlag der Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breitestr. 8/9). — Der Verfasser der Wegweiserbüchlein: „Proletarierjugend und Theater“ bringt in diesem neuen Heft eine anschauliche Darstellung der Entstehung des menschlichen Denkens, einmal auf naturwissenschaftlicher und dann auf geschichtlicher Grundlage. In der Einleitung ist dargelegt, wie mangels der Volksbildung nicht nur in sozialer, sondern auch in methodischer Hinsicht ist. Der Verfasser verteidigt die Auffassung, daß die Bildungsarbeit der Arbeiterbewegung im allgemeinen und der Jugendbewegung im besonderen sich nicht nur auf die Richtigstellung des Sünderglaubens und falschen Geschichtsunterrichts und des sonstigen Lernstoffes der Volksschule erstreden darf, sondern auch noch Wesentliches zu leisten hat in der Ausbildung des Denkvermögens an sich. Die zwei Hauptkapitel der Schrift dienen dazu, den Jugendlichen einen tießen Eindruck in die Bedeutung und Entwicklung des Denkprozesses zu geben. Das ersten Kapitel sind die naturwissenschaftlichen Vorgänge, deren Produkt das menschliche Denken ist, dargestellt; das zweite Kapitel ist eine großzügige Schilderung der geschichtlichen Entwicklung des menschlichen Denkens. Diese Schrift verdient, ebenso wie die anderen Hefte der gleichen Sammlung, die größte Verbreitung unter der arbeitenden Jugend.

Lohnberechnungstabellen. Unter diesem Titel ist vor einiger Zeit ein Hilfsmittel zur Berechnung des Lohnes erschienen, dessen äußerst einfaches System die Berechnung von Tag-, Wochen- und Monatslöhnen und Jahresgehaltspielen leicht macht: man braucht nicht zu rechnen, sondern braucht nur abzulesen! Ausgehend von einem Stundenlohn von 1 M. ist in der Tabelle aufsteigend bis zum Stundenlohn von 10 M. (immer nur einen Pfennig steigend) der Tage-, Wochen- und Monatslohn und schließlich das Jahresinkommen bestimmt. In einem soeben erschienenen zweiten Teil der Lohnberechnungstabellen geht der Verfasser von einem Stundenlohn von 10 M. aus und berechnet (wiederum nur je 1 M. pro Stunde steigend) den Lohn bis zur Grundlage von 20 M. pro Stunde. Allen mit Lohnberechnungen beschäftigten Betriebsräten, Gewerkschaftsangehörigen usw. kann dieses Hilfsmittel zur Lohnberechnung angelehnend empfohlen werden. Zu beziehen ist die Tabelle von Willi Robert, Bremen, Goldbergstraße 47, und von der Buchhandlung „Volksblatt“, Bremen, Seestraße 6/8.

Die Eisen-, Zich- und Brügelerei in Einzelarbeiten. Von A. Schäfer. Mit 108 Abbildungen. (Bild. d. g. L. Band 281.) — Der durch seine vorangegangenen Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Blechverarbeitung bestens bekannte Verfasser zeigt in diesem neuen Heft die Herstellungs- und Bearbeitungsmöglichkeiten einer Anzahl in Bedarfsmassen vorliegender Gegenstände der Blechindustrie. In 22 getrennten Abschnitten werden die Vorbereitungen, die weiteren Hilfsmittel und die Ergebnisse in Einzelarbeitenstellungen behandelt. Rechtlich beigefügte bildliche Darstellungen und Konstruktionszeichnungen erhöhen den Wert des in leichtverständerlicher Form gehaltenen und der Praxis entnommenen Textes ganz wesentlich, so hoch auch der dem Fach heranziehende Nutzen kommt.

Die Autoren für Gas und Flüssige Brennstoffe. Zur Zeit über ihre Anlage und Konstruktion. Von Ingenieur Hans Hermann. Zweite neu bearbeitete Auflage. Mit 67 Abb. (Bild. d. g. L. Band 228.) — Der durch sein in der gleichen Sammlung erschienenes Handbuch über die Verbrennungsmotoren in der Praxis bekannte Verfasser gibt hier eine gedrängte Übersicht über die Konstruktionsformen und die Anlage der Verbrennungsmotoren. Eine Tabelle erscheint im Verlag Dr. Paul Junck, Leipzig, Sachsenstraße 10.

## Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 8. Sept. ist der 36. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. September 1922 fällig.

Die Erhöhung des Gehaltsbeitrages wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatutes folgenden Schaltungen in der angezeigten Höhe geachtigt:

Schaltung	Der Mitglieder der Beitragsklasse:					Beginn der Beitragsabrechnung
	I	II	III	IV	V	
Zeitraum	10,-	9,-	7,-	5,-	3,-	84. Woche
Donnerstag	5,-	2,-	—	—	—	86. —
Silvesters	10,-	9,-	—	—	—	86. —
Frühs. u. Main	10,-	9,-	7,-	5,-	3,-	86. —
Frühs.	15,-	—	—	—	—	86. —
Münch.-Wiesbad.	10,-	9,-	7,-	5,-	2,-	86. —
Oberberg i. O.	5,-	4,-	—	—	—	86. —
Essen-Duis.	15,-	14,-	14,-	8,-	8,-	86. —
Thüring.	1,-	1,-	—	—	1,-	86. —
Brandenburg.	5,-	5,-	5,-	—	—	150. —
Baden-Württ.	10,-	9,-	7,-	5,-	2,-	86. —

\* Erhöhung des Gehalts bei Schaltung 14 der Beitragsklasse.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung konservativer Rechte zur Folge.

## Aussorbringung zur Rechtserhaltung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 2 des Statuts aufgesorbt, sich gegen erhobene Verhältnisse zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:

Der Metallformer Paul Winde, geb. am 2. März 1884 in Lorenzendorf, Mitgliedsbuch Nr. 4495421, wegen unfreigemeisterei, Verhinderung und Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hatten:

Der Schlosser Paul Giese, geb. am 7. Oktober 1888 zu Überherrn, Mitgliedsbuch Nr. 4845948, wegen Nichtabrechnen mit Betriebsmarken.

Geschlossen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 4887912, lautend auf den Elektromonteur Otto Maywald, geb. am 4. Mai 1908 zu Wettmar. (Wettmar), Mitgliedsbuch Nr. 2848544, lautend auf den Schlosser Franz Hadel, geb. am 24. Juli 1901 zu Bittau. (Bittau).

Mit kollegalem Gruß

Der Vorstand

## Zur Beachtung! • Zugang ist fernzuhalten:

von Formern und Giehereiarbeitern nach Köln a. Rh. u. Umg. D.; nach Metternich bei Koblenz (Eisenwerk Metternich) A.;

von Heizungsmechanikern nach Aachen (Aachener Maschinenbauges.) St.; nach Lüdenscheid A.;

von Klempnern und Justizatoren nach Lüdenwalde St.;

von Metallarbeitern aller Branchen nach